

Beschluss des Landesparteitages am 5. März 2011

Gemeinschaftsschule auf den Weg bringen

Einreicher: LV und LAG Schule

Der Landesparteitag möge beschließen:

DIE LINKE. Brandenburg spricht sich dafür aus, noch in dieser Legislaturperiode die Voraussetzungen für die Einführung der Gemeinschaftsschule zu schaffen, um in der nächsten Legislaturperiode deren Umsetzung in Angriff zu nehmen.

DIE LINKE. Brandenburg wird dafür einen breiten gesellschaftlichen Dialog mit allen an Bildung Beteiligten, u.a. mit Gewerkschaften, Verbänden, Eltern, Schülerinnen und Schülern, ihren Lehrkräften und kommunalen AkteurlInnen, eröffnen, um Mehrheiten im Land für die Einführung der Gemeinschaftsschule in der nächsten Legislaturperiode zu gewinnen.

Die Landtagsfraktion der LINKEN wird aufgefordert, mit dem Koalitionspartner dahingehend Gespräche aufzunehmen.

Das gegenwärtige Brandenburger Bildungssystem ist aus Sicht der LINKEN nicht zukunftsfähig, weil

- es nicht für alle Kinder Chancengleichheit sichert,
- es den Anforderungen an eine hohe Unterrichtsqualität für alle Schülerinnen und Schüler nicht gerecht wird,
- es durch die frühzeitige Auslese die Bildungschancen von Kindern einschränkt,
- es maßgeblich vom sozio-ökonomischen Status der Eltern abhängt, welche Bildung Kinder genießen können,
- es den demografischen Herausforderungen nicht gewachsen ist, vor denen Brandenburg in den kommenden Jahren steht und in verschärftem Maße nach 2020 angesichts des „demografischen Echos“ stehen wird.

Die rot-rote Koalition hat sich in ihrem Koalitionsvertrag vorgenommen, ein Programm „Gute Bildung für alle von Anfang an“ aufzulegen.

Dazu zählt u. a. die bereits realisierte Erhöhung der Qualität der Bildungsarbeit in den Kindertagesstätten durch die Verbesserung des Betreuungsschlüssels für die 0- bis 3-Jährigen auf 1 Erzieherin für 6 Kinder, und für die 3- bis 6-Jährigen auf 1 zu 12 Kinder sowie die Änderung der Kita-Personalverordnung.

Um mehr Kindern aus einkommensschwachen Familien den Weg zum Abitur zu erleichtern, hat die Koalition ein „Schülerbafög“ aufgelegt. Der Schulsozialfonds, der in sozialen Notfällen zeitnah und unbürokratisch bedürftigen Kindern die Teilnahme an kostenpflichtigen Ganztagsangeboten oder Exkursionen ermöglicht, wird fortgesetzt.

Die Schulabbrecherquote soll halbiert werden.

Eine Lehrer-Schüler-Relation von 1 zu 15,4 soll während der gesamten Legislaturperiode sichergestellt werden.

Ungeachtet dieser und weiterer bildungspolitischer Vorhaben der Koalition, die zweifellos dazu beitragen können, Schule in Brandenburg besser zu machen, können Grundmängel des bestehenden Systems damit kaum überwunden werden. Es muss – auch angesichts der demografischen Entwicklung und des sich abzeichnenden Fachkräftemangels – darum gehen, keinen zurück zu lassen und allen hohe Bildung zu ermöglichen. Dazu braucht es eine andere bildungspolitische Strategie. *Eine solche im Koalitionsvertrag zu verankern, ist uns jedoch nicht gelungen. Lediglich in der Präambel könnten wir ein Bekenntnis zu längerem gemeinsamen Lernen verankern.* Erste Schritte dazu wurden definiert, bisher aber noch nicht realisiert.

Die Leitgedanken der Bildungspolitik der LINKEN sind nach wie vor die Entkopplung von Bildungserfolg und sozialer Herkunft, die Realisierung qualitativ hochwertiger Bildung für alle, keine Auslese, sondern langes gemeinsames Lernen und individualisierter Unterricht.

Deshalb hält die LINKE an ihrem langfristigen bildungspolitischen Ziel, der Schaffung einer **Gemeinschaftsschule**, fest.

Die **Gemeinschaftsschule** bedeutet, *Bildungspolitik grundlegend zu verändern. Als eine Schule für alle* von Klasse 1 bis Klasse 12/13 ist sie eine leistungsfähige, inklusive, geschlechtergerechte und demokratische Schule. Sie hebt das Bildungsniveau aller SchülerInnen und gewährleistet deren Begabungsförderung ebenso, wie den Nachteilsausgleich. *Sie stärkt Kompetenzen*, verringert soziale Auslese und erhöht die Bildungschancen aller dadurch, dass sie nicht ausgrenzt. *Sie ist wohnortnah und offen für alle Kinder, unabhängig ihrer sozialen, kulturellen oder ethnischen Herkunft, ihrer Behinderung, ihrer konfessionellen Bindung oder ihrer Geschlechteridentität. Sie ist als Ganztagschule einer umfassenden Allgemeinbildung verpflichtet.*

Die Schaffung der **Gemeinschaftsschule** erschöpft sich nicht in einer Änderung der Schulstruktur. Die Strukturveränderung ist eine notwendige, aber keineswegs ausreichende Voraussetzung für bessere Qualität und mehr Chancengleichheit. *Sie muss verbunden werden mit einer neuen Unterrichts- und Schulkultur.*

Die Einführung der **Gemeinschaftsschule** ist ein langfristiger Prozess, der weit über eine Legislaturperiode hinausgeht. Er muss politisch gewollt, rechtlich und finanziell abgesichert und wissenschaftlich begleitet werden. *Die Gemeinschaftsschule muss in einem demokratischen Prozess von unten wachsen. Eine administrative Einführung ‚von oben‘ lehnen wir ab.*

Um die Voraussetzungen für die Einführung der Gemeinschaftsschule zu schaffen, halten wir u. a. folgende Schritte für nötig:

- Die Durchlässigkeit der bestehenden Schulformen muss erhöht werden.
- Die Kooperation von Grund- und weiterführenden Schulen muss intensiviert werden.

- Die Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe müssen gestärkt werden, weil sie dem pädagogischen Konzept der Gemeinschaftsschule am nächsten kommen.
- Die Lehrerbildung muss weiter reformiert werden, u. a. in Richtung von mehr Praxisnähe, mehr Kompetenz im Umgang mit heterogenen Gruppen *und Aufhebung der schulformbezogenen Lehrämter*.
- Es müssen verstärkt Fortbildungsangebote zur weiteren Befähigung der Lehrkräfte zu individueller Förderung unterbreitet werden.